

# Konflikt an der Leine wird Wahlkampfthema

## Drohende Angelverbote sorgen weiter für Zündstoff



Soll Teil eines Schutzgebietes werden: Das Gebiet der Unteren Leine.

WUNSTORF (tau). Nach dem Stadtanzeiger-Gespräch ist der Vorsitzende des ASV Luthe, Jan Schiffers, noch optimistisch gewesen. In der Regionsversammlung zeichnete sich eine breite Mehrheit gegen Angelverbote im künftigen Landschaftsschutzgebiet Untere Leine ab. Doch nun sieht das wieder etwas anders aus.

Die CDU-Fraktion laviert. Vertreter weisen auf vergleichsweise geringe Einschränkungen hin. So seien nur knapp 9 von 81 Kilometer Uferbereich der nördlichen Leineaue betroffen. Außerdem befinde sich die Hälfte in Waldbereichen. Die gleiche Position vertritt die Umweltdezernentin der Region, Christine Karasch, die ebenfalls CDU-Mitglied ist und im Herbst Regionspräsidentin werden will. Sie schiebt die Verantwortung für das Scheitern eines Kompromisses auf die SPD, spricht von Blockade und will das Verfahren an das Niedersächsische Umweltministerium delegieren.

Die Angler zeigen sich über dieses Manöver empört. Schiffers spricht von einer Salamtaktik. „Man tut so, als seien die Einschränkungen gar nicht so gravierend, um den Eindruck der prinzipiellen Zulässigkeit zu erwecken. Das ist aber falsch“, so Schiffers zum Stadtanzeiger. Vielmehr seien die Verbote für keinen einzigen Meter der Leine wissenschaftlich begründbar, verhältnismäßig und naturschutzfachlich erforderlich. Das sagen Experten, die der Anglerverband um eine Stellungnahme gebeten hatte. Demnach sei der (Stör-)Einfluss der (Nacht-)Angler auf den Fischotter, den Biber und die Teichfledermaus vollkommen unerheblich und überschreiten in keiner Weise die Signifikanzschwelle.

„Gehen Verbote mit einer wissenschaftlich fragwürdigen Begründung durch, gibt es diese Verbote spätestens in zehn Jahren im Rahmen der europäischen Biodiversitätsstrategie 2030 überall“, schlussfolgert Schiffers. Dann könnten die Naturschutzbehörden dort, wo Biber und Fledermäuse vorkommen, generell Angelverbote aussprechen. Schiffers, der auch Sprecher der Angelvereine in der Region ist, wird daher noch deutlicher. So sei die Naturschutzbehörde äußerst anglerfeindlich und verbandsideologisch aufgestellt. Die CDU wende sich zudem von ihren einstigen Wahlversprechen ab. Das dürfte bei der anstehenden Kommunalwahl im Herbst Konsequenzen haben. Der Streit ist also längst zu einem Wahlkampfthema geworden. So nutzt die SPD die Auseinandersetzung zur eigenen Profilierung. Die Sozialdemokraten hatten bereits früh einen Schulterschluss mit den Vereinen vollzogen und sich gegen Nachtangelverbote positioniert. Daher gibt es jetzt dezente Sticheleien in Richtung der Umweltdezernentin, deren Verhalten man nicht nachvollziehen könne. Gleichzeitig wirbt der Spitzenkandidat Steffen Krach, der ebenfalls Regionspräsident werden möchte, für mehr Kooperation und Zusammenarbeit. Große Verwunderung herrscht auch bei der FDP. Die Liberalen bezeichnen einen vorliegenden Kompromissvorschlag mit abgesenkter Rutenspitze als zielführende Lösung. Es bestehe daher kein Grund, die Entscheidungsfindung der Regionsversammlung zu entziehen.